

Praxis in europäischen Ländern

In zahlreichen europäischen Ländern – sowohl inner- wie außerhalb der EU – haben Migrantinnen und Migranten schon lange das Recht, die Kommunalparlamente mit zu wählen.

Hier einige Beispiele:

- 1974 führte Dänemark das Wahlrecht für Nicht-Dänen ein. Ausländische Staatsbürger und -bürgerinnen haben auf lokaler wie regionaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht.
- Schweden führte das Kommunalwahlrecht für Ausländer 1975 ein. Europaweit einzigartig ist die Berechtigung, die Provinziallandtage mit zu wählen.
- Großbritannien gewährt Staatsbürgern der Commonwealthländer sowie Irlands nicht nur auf kommunaler Ebene das Wahlrecht. Sie dürfen auch ohne britische Staatsbürgerschaft die Mitglieder des Parlaments mitbestimmen.
- In Irland ist das kommunale Wahlrecht seit 1963 nicht an die Staatsbürgerschaft, sondern allein an den legalen Aufenthaltsort gebunden. Bereits nach sechs Monaten können Migranten im Inselstaat politisch mitbestimmen.
- Frankreich kennt kein kommunales Wahlrecht für Migranten. Angesichts eines großzügigen Einbürgerungsrechts ist die politische Beteiligung für einen großen Teil der Migranten gewährleistet.

Wir unterstützen die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für alle legal in Deutschland lebenden Nicht-Deutschen.



LAG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege



Ihre Stimme für Teilhabe!

Wenn Sie auch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche in Deutschland unterstützen, unterzeichnen Sie den Aufruf im Internet unter:

www.wahlrecht-fuer-migranten.de

V.i.S.d.P. Franz Paszek

HIER

wo ich lebe, will ich wählen!



**Wir fordern das
KOMMUNALE WAHLRECHT
für alle Migrantinnen und
Migranten, die lange in
Deutschland leben.**

Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat in ihren Vertrag die Prüfung einer Grundgesetzänderung zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche aufgenommen.

Wir fordern die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien auf, diesen Prüfauftrag ernst zu nehmen und politische sowie rechtliche Lösungsansätze zu finden. Wir setzen uns für das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, die lange legal in Deutschland leben, ein.

Wir fordern das kommunale Wahlrecht, weil:

- die meisten Migrantinnen und Migranten schon seit vielen Jahren in den Städten unseres Landes leben. Viele sind hier geboren. Sie identifizieren sich mit „ihrer“ Stadt und engagieren sich gesellschaftlich vor Ort.
- Integration nur über politische Beteiligung gelingt! Als Subjekte der Politik können und wollen Migrantinnen und Migranten über die Zukunft der Städte und Gemeinden mitbestimmen.
- Migrantinnen und Migranten im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes sich schon längst in den

Mitbestimmungsgremien der Unternehmen beteiligen und sich dort genau so engagieren wie ihre deutschen Kollegen.

- demokratiefreie Zonen in Städten entstehen können. In Vierteln, in denen immer größere Bevölkerungsteile nicht wählen dürfen, verlieren Räte ihre Legitimation – insbesondere wenn die Wahlberechtigten immer seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Oberbürgermeister/innen wie der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Ude (SPD) aus München und seine Stellvertreterin, Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) aus Frankfurt haben dies längst erkannt.



- politische Rechte für Migrantinnen und Migranten die lokale Demokratie gegen rechtsradikale Tendenzen stärken!
- Ungleichbehandlung von EU- und anderen Ausländern (z.B. Türken, die in Deutschland die größte Gruppe der Migranten ausmachen) nicht länger hingenommen werden darf. Sie ist nach unserem Verständnis auch mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.
- Pflichten, wie die, hier Steuern zu zahlen, an Rechte wie das Wahlrecht geknüpft sein müssen.
- viele Länder in Europa mit dem kommunalen Wahlrecht für Migranten gute Erfahrungen gemacht haben. Wie selbstverständlich können deutsche Staatsbürger in den Städten und Gemeinden des europäischen Auslands mitbestimmen – auch außerhalb der EU!
- Einbürgerung zur Zeit keine Alternative zum kommunalen Wahlrecht ist. Denn Einbürgerung wird durch zu hohe Hürden erschwert. Der Lebensgeschichte der Migrantinnen und Migranten entsprechend sollte Mehrstaatigkeit endlich akzeptiert werden.